

Natur

Werden Sie sich aktiv für die Stelle einer dritten Fachkraft an der Unteren Naturschutzbehörde am Landratsamt Neustadt/Aisch-Bad Windsheim einsetzen?

Der Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags, dem ich angehöre, hat Anfang 2018 8 zusätzliche Stellen für Fachkräfte an unteren Naturschutzbehörden beschlossen. Hierzu hat das Bayerische Umweltministerium einen Vergabevorschlag und ein Aufgabenkonzept unterbreitet. Hiernach soll dem Landratsamt Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim eine dritte Fachkraft zugeteilt werden. Diese soll dazu beitragen zusätzliche Einkommensmöglichkeiten für die Landwirtschaft zu erschließen, Genehmigungsverfahren schneller zu bearbeiten und Aufgaben im Bereich der Vertragsnaturschutzprogramme Offenland und Wald sowie Beratungstätigkeiten übernehmen. Diese Zuweisung der Stelle, die vom Landrat Helmut Weiß beantragt wurde, werde ich unterstützen.

Werden Sie sich aktiv für eine Erhöhung der Haushaltsmittel für den Vertragsnaturschutz einsetzen?

Das Vertragsnaturschutzprogramm wurde in den letzten beiden Jahren bereits ausgebaut. Hierfür habe ich mich auch als Mitglied im Haushaltsausschuss eingesetzt. In seiner Regierungserklärung hat Ministerpräsident Dr. Markus Söder bereits angekündigt, das VNP um weitere 10 Mio. Euro zu erhöhen, so dass noch mehr Naturflächen und somit Lebensraum für die Artenvielfalt geschaffen werden kann.

Werden Sie sich aktiv um eine Finanzierung von Projekten für Wiesen- und Bodenbrüter, Amphibien und Insekten hier im Landkreis kümmern?

Die Naturoffensive Bayern stärkt und fördert in ganz Bayern Lebensräume, Artenreichtum und das Naturerlebnis im Einklang mit den Menschen vor Ort. Mit zukunftsweisenden Projekten mit einem Gesamtvolumen von 120 Mio. Euro werden die jeweiligen Besonderheiten der Region unterstrichen und vernetzt. In diesem Rahmen wurde u.a. das Bayerische Artenschutzzentrum in Augsburg gegründet, dieses soll u.a. 25 neue Artenhilfsprogramme auflegen. Im Zuge der Bayerischen Biodiversitätsstrategie hat der Freistaat außerdem zusätzliche Mittel für ein „Aktionsprogramm Bayerische Artenvielfalt“ bereitgestellt. Dieses Aktionsprogramm soll fortgesetzt und weiter ausgebaut werden.

Sollten konkrete lokale Projekte finanzielle Unterstützung benötigen, kann man sich jederzeit zur weiteren Unterstützung gerne an mich wenden.

Werden Sie sich aktiv um die Verbesserung des Artenschutzes beim Straßenbau einsetzen, z.B. für Amphibien?

Für Bau- und Infrastrukturmaßnahmen haben die untere Naturschutzbehörde in den Genehmigungsverfahren/ Planfeststellungsverfahren naturschutzfachliche Gutachten oder Stellungnahmen zu erstellen. In vielen Verfahren sind durch EU-Vorgaben Umweltverträglichkeitsprüfungen, FFH-Verträglichkeitsprüfungen, Artenschutzrechtliche Prüfungen usw. zwingend erforderlich.

Setzen Sie sich ein für die Gründung eines Nationalparks im nördlichen Steigerwald?

Der Begriff des „Eigentums“ ist mir in meiner politischen Verantwortung gerade auch im Hinblick auf unsere Waldbesitzer und Landwirte sehr wichtig. Für die Gründung eines Nationalparks im nördlichen Steigerwald würde ich mich daher nur bei einem großen gesellschaftlichen Konsens einsetzen, der die betroffenen Waldbesitzer einbezieht.

Als Mitglied im Haushaltsausschuss setze ich mich schon immer für eine gute Finanzausstattung unseres Naturparks Steigerwald ein. So erhält dieser neben der erhöhten Verwaltungskostenpauschale eine projektbezogene Förderung für Maßnahmen im Bereich naturbezogener Erholung und Landschaftspflege. Im Bereich Landschaftspflege wurden erst kürzlich Maßnahmen zum Eulen- und Amphibienschutz durchgeführt. Im Bereich naturbezogene Erholung hat der Naturpark fünf Maßnahmen mit hoher staatlicher Förderung abgeschlossen. Darüber hinaus verkündete Ministerpräsident Dr. Markus Söder in seiner Regierungserklärung, dass die bayerischen Naturparke Ranger einstellen können, mit hoher staatlicher Förderung. Darüber hinaus ist eine Bezuschussung von Naturparkzentren vorgesehen.

Setzen Sie sich ein für eine vorbildliche und giftfreie Bewirtschaftung der öffentlichen Wälder und der Privatwälder?

Hier gelten eindeutig die bereits bestehenden Grundsätze des integrierten Pflanzenschutzes: nur wenn andere Maßnahmen keinen Erfolg zeigen, können – unter bestimmten Voraussetzungen(!) – Pflanzenschutzmittel zum Einsatz kommen.

Heuer wurden im Landkreis Wälder wegen der befürchteten negativen Auswirkungen des Fraßes der Schwammspinnerraupen begiftet. Die Kosten dieser Maßnahme trägt der Staat. Einige Waldbesitzer haben dem Gifteinsatz auf ihren Flächen widersprochen. Sie möchten ihren Wald giftfrei bewirtschaften und so die Artenvielfalt bei den Insekten und die naturnahe Waldbewirtschaftung unterstützen. Sie tragen derzeit aber privat das volle Risiko eines möglichen Ausfalls von Bäumen und eines geringeren Holzzuwachses. Sind Sie dafür, dass dieses Risiko durch eine staatliche Prämie entschädigt wird?

Die Bekämpfung des Schwammspinners erfolgte mit einem Nützling-schonenden und Bienen-ungefährlichen Pflanzenschutzmittel auf einer Fläche von ca. 205 Hektar im Landkreis. Rund 100 ha wurden auf Wunsch von Waldbesitzern nicht bekämpft. Weitere 100 ha wurden aus Gründen des Naturschutzes, wegen Abstandsvorgaben zu Gewässern, zu Waldrändern und zu Hochspannungsleitungen von der Bekämpfung ausgespart. Die Pflanzenschutzmittelbehandlung verlief erfolgreich. Auf Flächen mit Behandlung sind die Dichten des Schwammspinners deutlich zurückgegangen. Auf nicht behandelten bzw. übersehenen Flächen erfolgte geringer Fraß bis hin zum kompletten Kahlfraß aller Laubbäume. Die Revitalisierung der vom Schwammspinnerfraß geschädigten Eichen hängt entscheidend davon ab, inwieweit die jungen Blätter dieser Nachtriebe vom Eichenmehltau befallen werden. In wieweit Blattmasseverluste selbst ausgeglichen werden können bzw. welche Auswirkungen durch Licht- und Kahlfraß, vor allem auf langfristige Sicht, entstehen, müssen erst evaluiert werden. Pauschale Aussagen zu einer staatlichen Prämie können daher nicht getroffen werden.

Siedlung/Straßen

Wie wollen Sie dem steigenden Flächenverbrauch entgegenwirken?

Ziel muss es sein, die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes mit dem Schutz von Natur und Umwelt in Einklang zu bringen. Dabei sind Verbote jedoch der falsche Weg. Wir wollen Anreize schaffen. Die CSU-Fraktion hat einen Antrag in den Bayerischen Landtag eingebracht, mit dem man das bereits bestehende „Aktionsprogramm Bündnis zum Flächensparen“ gezielt ergänzen möchte.

Wie unterstützen Sie Möglichkeiten der Kommunen zur Innenentwicklung?

Die Kommunen, die in den allermeisten Fällen die Planungshoheit haben und den Flächenverbrauch reduzieren können, werden mit zwei neuen Förderinitiativen tatkräftig unterstützt. Insgesamt stehen 100 Millionen Euro noch in diesem Jahr für die beiden Initiativen „Innen statt Außen“ und „Flächenentsiegelung“ bereit. So können Ortskerne revitalisiert und die Gemeinden grüner gemacht werden. Gerade in meiner Amtszeit als Bürgermeister der Marktgemeinde Ipsheim war mir dies bei der Umsetzung des Naturschutzplanes ein wichtiges Anliegen.

Welche rechtlichen Änderungen auf Landesebene sind dafür nach Ihrer Meinung erforderlich?

Nicht der Staat soll die Entwicklung der Gemeinden und Städte für Wohnen, Arbeitsplätze, Gemeinschaftseinrichtungen, Gewerbegebiete, Verkehrsflächen und Anlagen für Freizeit und Erholung steuern. Das machen aus gutem Grund die Kommunen selbst.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass im Straßenbau nur noch der Erhalt der Straßen nicht aber der Neubau geplant wird?

Straßen sind im Flächenland Bayern für viele Menschen der Verkehrsträger Nummer eins. Deswegen erhöht die Staatsregierung den Etat für Erhalt und Sanierung des Staatsstraßennetzes noch einmal deutlich auf insgesamt 310 Millionen Euro. Das ist der höchste Etat, der jemals zur Verfügung gestellt wurde und entspricht einer Steigerung gegenüber 2017 um 15 Prozent. Rund 80 Prozent der Mittel werden für Straßen im ländlichen Raum eingesetzt. Straßen sind dort das Rückgrat der individuellen Mobilität und auch des öffentlichen Nahverkehrs. Damit Bauprojekte zügig angegangen werden können, baut die Staatsregierung die Planungskapazitäten in der Bauverwaltung deutlich aus.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass beim Bau der Staatsstraße 2253 an der Deutenheimer Steige die Variante gewählt wird, die den geringsten Flächenverbrauch hat und bestandsnah geführt wird?

Beim Bau der Deutenheimer Steige spielt für mich das Votum der betroffenen Bürgerinnen und Bürger eine entscheidende Rolle. Hierauf sollten die zuständigen Staatsbehörden in Bezug auf die Akzeptanz durch die Bevölkerung auch achten. Für mich war schon immer wichtig, dass bei notwendigen Baumaßnahmen ein möglichst geringer Flächenverbrauch vorgenommen wird.

Welche Verbesserungen beim ÖPNV im Landkreis NEA werden Sie in der nächsten Legislaturperiode fordern?

Eine deutliche Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs in meinem Stimmkreis ist mir ein sehr großes Anliegen. So konnte ich als Finanz- und Haushaltspolitiker erreichen, dass im 2. Nachtragshaushalt für das Jahr 2018 die Haushaltsmittel für den ÖPNV nochmals deutlich erhöht wurden. Als Kreisrat und stv. Landrat habe ich den einstimmigen Beschluss des Kreistages unterstützt, ein umfassendes und umweltverträgliches Mobilitätskonzept für den gesamten Landkreis zu entwickeln und danach auch zügig umzusetzen. Ein Schwerpunkt wird hierbei sicherlich eine weitere deutliche Verbesserung des Schienenpersonen-Nahverkehrs sein, verbunden mit einer attraktiven Anbindung unserer Dörfer und Ortschaften an die vorhandenen Bahnhöfe und an die jeweiligen Zentren im Landkreis (Krankenhäuser, Ärzte, etc.). Hierbei spielt für mich auch in meiner Funktion als Vorsitzender der Lebenshilfe der barrierefreie Ausbau der

Bahnhöfe eine ganz entscheidende Rolle. Außerdem werde ich mich weiterhin für eine Verbesserung der Qualität und des Taktes auf den jeweiligen Bahnstrecken in der Region einsetzen

Energie

Sind Sie für die dezentrale Erzeugung von erneuerbaren Energien in Bürgerhand, wie wollen Sie diese unterstützen?

Sehr stolz bin ich auf die Situation in unserem Landkreis Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim, wo es in den vergangenen Jahren gelungen ist, die Versorgung mit erneuerbaren Energien dezentral auszurichten.

Im Bayerischen Energieprogramm von 2015 haben wir uns u.a. zum Ziel gesetzt, die dezentrale Energieerzeugung und Energiewende vor Ort zu stärken. Unser Ziel ist ein ausgewogener Mix aus dezentraler Energieerzeugung bei gleichzeitiger Absicherung durch überregionale Vernetzung und zentrale Anlagen, die jederzeit verfügbare Erzeugungsleistung bereitstellen. Die Energiewende wird nur gelingen, wenn die Bürgerinnen und Bürger diese mittragen. Dazu muss über die Chancen und Auswirkungen nicht nur informiert und beraten werden, die Energiewende muss darüber hinaus auch vor Ort sichtbar gemacht werden, insbesondere muss die regionale Wertschöpfung durch dezentrale Lösungen ausgebaut werden.

In diesem Sinne setzt sich die Staatsregierung in vielfältiger Weise für geeignete rechtliche Rahmenbedingungen für die Energiewende ein, die die regionale Wertschöpfung verbessern. Zu nennen ist z.B. die bayerische Freiflächenverordnung, die die Flächenkulisse für Photovoltaik um jährlich 30 Projekte auf Grünland- und Ackerflächen in landwirtschaftlich benachteiligten Regionen erweitert. In den letzten Ausschreibungsrunden für Photovoltaik gingen zahlreiche Zuschläge nach Bayern (in den drei Ausschreibungsrunden von Juni 2017 bis Februar 2018 zusammen 41 von bundesweit insgesamt 76 Zuschlägen) und erhöhen hier die Wertschöpfung im ländlichen Bereich. Zudem hat sich die Staatsregierung bei den Verhandlungen zum EEG 2017 erfolgreich dafür eingesetzt, dass Bioenergie-Projekte eine Zukunftsperspektive erhalten. So konnte etwa die Anschlussförderung von Biomasse-Bestandsanlagen erreicht werden.

Unzuträglich ist jedoch eine reine Fokussierung auf das Thema Dezentralität – gar verbunden mit der Zielsetzung einer regionalen Energieautarkie oder -souveränität. Eine möglichst dezentrale Energieversorgung auf Basis erneuerbarer Energien kann den Ausbau im Übertragungsnetz nicht entbehrlich machen. Die Stromnachfrage der großen Unternehmen in Süddeutschland, die hier entscheidend zu Wohlstand und Beschäftigung beitragen, aber auch jene der privaten Haushalte kann in Süddeutschland nicht zu jedem Zeitpunkt dezentral mit erneuerbaren Energien sicher gedeckt werden. Insbesondere Wind und Sonne können wegen ihrer schwankenden Verfügbarkeit nicht zur Versorgungssicherheit beitragen.

Schon heute ist Bayern auf Stromimporte angewiesen. 2016 stand in Bayern einer Stromnachfrage von 84,4 TWh (vorläufiger Wert) eine Bruttostromerzeugung von 81,5 TWh gegenüber. Parallel dazu wird allein aufgrund des guten Winddargebots ein erheblicher Teil des deutschen Stroms aus erneuerbaren Energien in Nord- und Ostdeutschland erzeugt. Die Erzeugungsüberschüsse aus dem Norden Deutschlands zur Stromversorgung in Süddeutschland

zu nutzen, ist nicht nur ökologisch und ökonomisch sinnvoll, sondern essentieller Teil einer gesamtdutschen Energiewende.

Eine sichere und wirtschaftliche Energieversorgung braucht zudem auch weiterhin zentrale, zu jeder Zeit verfügbare Kraftwerke vor allem in Süddeutschland. Daher ist der Erhalt von Bestandskraftwerken sowie der Bau zusätzlicher, flexibler Erzeugungsanlagen als Notfallreserve wichtig.

Welche Maßnahmen wollen Sie konkret im Landkreis NEA zum Klimaschutz fordern?

Der Landkreis Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim hat gemeinsam mit seinen 38 Kommunen bereits ein „integriertes Klimaschutzkonzept“ verfasst, mit dem er sich dem Klimaschutzkonzept der Bundesrepublik und dem Ziel einer weitgehenden Treibhausgasneutralität bis 2050 anschließt. Darüber hinaus wurde der Klimapakt der Metropolregion Nürnberg mit einem im März 2018 erarbeiteten, umfangreichen, Maßnahmenkatalog in das Klimaschutzkonzept des Landkreises mit aufgenommen.

Was werden Sie unternehmen, um das Klimaschutzkonzept des Landkreises NEA mit umzusetzen?

Ich unterstütze das Klimaschutzkonzept gerne im Rahmen meiner Möglichkeiten als Abgeordneter, Kreisrat und stellvertretender Landrat.

Wie werden Sie die Verkehrswende hin zu einer umweltverträglichen Mobilität unterstützen?

Fließender Verkehr ist der Lebensquell einer boomenden Volkswirtschaft und zudem Garant für Lebensqualität. Deshalb hat die Bayerische Staatsregierung einen ambitionierten Fahrplan für mehr Mobilität in Bayern aufgelegt. Ich werde mich dafür einsetzen, dass ein flächendeckendes Angebot mit abgestimmten Tarifen und modernen, emissionsarmen Fahrzeugen erarbeitet wird. Weiterhin soll Bewährtes ausgeweitet werden, wie der einstündige Bayern-Takt auf der Schiene, und unterstütze ergänzende Angebote auf der Straße in Form von überregional wichtigen Buslinien. Als Mitglied des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen werde ich mich auch für einen finanziellen Anreiz für den Umstieg auf den ÖPNV einsetzen. Zudem werde ich mich weiterhin für den Bau von Radwegen einsetzen.

Landwirtschaft

Werden Sie sich für eine Ausweitung des Ökolandbaus in den Landkreisen NEA und Fürth-Land einsetzen?

Ökolandbau und Öko-Lebensmittel werden immer wichtiger. Deshalb werde ich mich weiterhin für eine Ausweitung des Ökolandbaus in den Landkreisen NEA und Fürth-Land einsetzen. Auch die Bayerische Staatsregierung sieht die große Bedeutung des Öko-Landbaus. So hat sie z.B. bereits 2015 die jährliche Prämie für ökologisch wirtschaftende Betriebe von 200 Euro auf 273 Euro pro Hektar erhöht.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Agrarumweltprogramme wie das Kulturlandschaftsprogramm und das Vertragsnaturschutzprogramm gestärkt werden?

Ich werde mich für eine Stärkung von Agrarumweltprogrammen weiterhin einsetzen. Das KULAP Programm ist in den letzten beiden Jahren von rd. 200 Mio. € auf nahezu 280 Mio. € ausgeweitet

worden. Im Ministerrat am 04.09.18 sind weitere Verbesserungen in Aussicht gestellt, die ich in München natürlich unterstützen werde.

Was werden Sie unternehmen, um die Ziele der Wasser-Rahmenrichtlinie in beiden Landkreisen schnell zu erreichen?

Die CSU-Fraktion hat in den vergangenen Jahren die Wasserberater in der Landwirtschaftsverwaltung verdoppelt. Es gibt darüber hinaus zahlreiche Maßnahmen zum Gewässerschutz, die helfen, die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie zu erfüllen (z.B. im Rahmen des Kulturlandschaftsprogramms.

Werden Sie sich für eine eigene Gewässerberatung am AELF nur für den Landkreis NEA einsetzen?

Frau Staatsministerin Kaniber möchte die Wasserberatung noch weiter ausbauen, so dass in jedem AELF ein Wasserberater zur Verfügung steht. Dies werde ich unterstützen.

Wo sehen Sie die Grenzen für die Tierbestände/Mastviehhaltung in den Landkreisen NEA und Fürth-Land?

Bayerns Betriebe und deren Tierbestände sind wesentlich kleiner als in anderen Bundesländern. Haben die Schweinehalter in Bayern durchschnittlich 320 Schweine sind es in Niedersachsen 1200. Bei Geflügel ist die Spreizung noch deutlicher. Halten Geflügelhalter in Bayern durchschnittlich 576 Geflügel, sind es in Niedersachsen 16250! Es braucht Planungssicherheit und Perspektiven für unsere Landwirte. Wir setzen nicht pauschal auf Standarderhöhungen, sondern auf Forschung und Entwicklung von tierfreundlichen Haltungssystemen, auf Anreize zum Bau tiergerechter Ställe und auf freiwillige, aber verbindliche Vereinbarungen mit der Wirtschaft.

Werden Sie sich für ein Label für gentechnikfreie Fütterung bei Fleisch und weiteren Tierprodukten einsetzen?

Wir haben in Bayern das bundesweit erfolgreichste Programm „Geprüfte Qualität“ Bayern entwickelt. „Geprüfte Qualität – Bayern“ hat sich seit seiner Einführung im Jahr 2002 als glaubwürdiges Siegel zur Kennzeichnung höherer Qualität in Kombination mit bayerischer Rohwarenherkunft und Verarbeitung gut am Markt etabliert. Knapp 80 % der bayerischen Verbraucher kennen „Geprüfte Qualität – Bayern“. Von Seiten der Verbraucherverbände wird es als empfehlenswertes Regionalzeichen mit hoher Transparenz und Verlässlichkeit eingestuft. Über 19 000 zertifizierte landwirtschaftliche Betriebe und rund 460 Betriebe der Ernährungswirtschaft sind gegenwärtig in das System eingebunden und bieten Produkte aus 21 Produktkategorien an (z. B. Rind- und Schweinefleisch, Obst, Gemüse). Derzeit nehmen rund 13.500 Betriebe im Produktbereich „Rinder und Rindfleisch“ und rund 450 Erzeugerbetriebe im Produktbereich „Milch und Milcherzeugnisse“ am Programm teil. Zusammen entspricht dies etwa 29 % der bayerischen Rinderhalter. In allen tierischen GQ-Produktbereichen dürfen ausschließlich Zukauf-Futtermittel verwendet werden, die in ein umfassendes Qualitätssicherungssystem eingebunden sind.

Grundsätzlich gilt es, freiwilligen Vereinbarungen der Branchenteilnehmer generell Vorrang vor gesetzlichen Vorschriften zu geben. Entsprechend steht es den Wirtschaftsbeteiligten auch frei, Zusatzauslobungen im Bereich Fütterung auf der Basis zusätzlicher Anforderungen in Kombination mit dem Qualitäts- und Herkunftssicherungssystem „Geprüfte Qualität – Bayern“ vorzunehmen und Mehraufwendungen auf der Erzeugerseite entsprechend zu honorieren. Diese Option wird in der Praxis bereits angewendet und hat sich in Form einer zusätzlichen Kennzeichnung bewährt.

Dies zeigt beispielsweise die kombinierte Auslobung von „Geprüfte Qualität – Bayern“ und „Ohne Gentechnik“.

Werden Sie sich für eine Strukturverbesserung in der Landschaft mit Hecken, Säumen und Baumreihen zur Verbesserung der Durchgängigkeit/Vernetzung und zur Förderung der Biodiversität einsetzen?

Die Naturoffensive Bayern stärkt und fördert in ganz Bayern Lebensräume, Artenreichtum und das Naturerlebnis – und das im Einklang mit den Menschen in der Region. Mit zukunftsweisenden Projekten mit einem Gesamtvolumen von 120 Millionen Euro werden die jeweiligen Besonderheiten der Region unterstrichen und vernetzt. Beispiele sind:

- Das Bayerische Artenschutzzentrum in Augsburg ist ein Elitezentrum für Artenvielfalt und sorgt in enger Kooperation mit der Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege (ANL) in Laufen, dem Institut für Bienenkunde und Imkerei in Veitshöchheim und den Einrichtungen am Riedberger Horn, in der Rhön und an der Donau für einen Qualitätssprung beim Arten- und Naturschutz in Bayern. Ein wichtiger Bestandteil der Arbeit werden 25 neue Artenhilfsprogramme sein, beispielsweise für Schmetterlinge. Ein Aufbaustab mit Sitz im Eichamt in Augsburg wurde bereits eingerichtet.
- Mit einem neuen Biodiversitätszentrum in der Rhön, einem Walderlebnis- und Eichenzentrum im Spessart, dem "Zentrum Naturerlebnis alpin" am Riedberger Hörn und mit dem begehbaren Donauaquarium zusammen mit dem Haus im Moos an der Donau wird die Umweltbildung verbessert und das Erlebnis Natur noch attraktiver gemacht.
- Wesentlicher Bestandteil der Naturoffensive Bayern ist die Stärkung der Naturparke, in denen Naturparkzentren und Naturpark-Ranger sowie Koordinationsstellen eingerichtet werden. Die Naturparke sollen zukünftig über 2 bis 4 Ranger verfügen, die insbesondere die ökologischen Besonderheiten der Region erläutern und damit für eine naturverträgliche Nutzung und Erholung werben. Außerdem soll ein bayernweites Netz an qualifizierten und gut erkennbaren Informationszentren entstehen.
- Bayern ist im bundesweiten Vergleich das Land mit den meisten Naturparks und mit dem prozentual höchsten Flächenanteil an Naturparks. 19 bayerische Naturparke umfassen mit einer Gesamtfläche von knapp 2,1 Mio. ha ca. 30 % der Landesflächen.

Die biologische Vielfalt ist von unermesslichem Wert – für jeden von uns. Der Bayerische Ministerrat hat bereits im April 2008 eine eigene Bayerische Biodiversitätsstrategie verabschiedet und im Juli 2014 ressortübergreifend das Programm „Natur Vielfalt Bayern – Biodiversitätsprogramm Bayern 2030“ beschlossen. Der Beschluss erfolgte in enger Zusammenarbeit mit betroffenen Verbänden und Institutionen, vor allem mit den Landnutzern und Grundeigentümern.

Im Rahmen der Umsetzung der Bayerischen Biodiversitätsstrategie hat die Staatsregierung zusätzliche Mittel für ein „Aktionsprogramm Bayerische Artenvielfalt“ bereitgestellt. So arbeiten seit 2013 über ganz Bayern verstreut verschiedene Akteure in 39 Projekten in den Bereichen Artenhilfsmaßnahmen, Erhalt der Sortenvielfalt von Kulturpflanzen, Biodiversität der Alpen und Öffentlichkeitsarbeit. Dieses das Aktionsprogramm soll in den folgenden Jahren fortgesetzt und ausgeweitet werden.

Der kooperative Natur- und Artenschutz in Bayern ist ein bewährtes Erfolgsmodell. Die Bayerische Staatsregierung verfolgt dabei das Ziel, Naturschutz im gesellschaftlichen Konsens zu verwirklichen.

Das Bayerische Vertragsnaturschutzprogramm ist ein wichtiges Werkzeug, das mit insgesamt 10 Mio. € gestärkt wird. So können noch mehr Naturflächen und damit Lebensraum für die Artenvielfalt geschaffen werden.